

Laut Umsetzungs-Zwischenbericht seien von den 13 Empfehlungen neun bereits komplett und vier teilweise realisiert. Im Oktober soll dann der Endbericht vorliegen.

Erlass zu Polizeieinsätzen an Gedenkstätten

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenici/meldungen, 27. 7. 2026)

Ein Jahr nach dem umstrittenen Einsatz auf dem Peršmanhof hat das Innenministerium für die Polizei einen Erlass zum Verhalten an Gedenkstätten vorgelegt. Darin wird u.a. festgehalten, dass „bei einem Einschreiten die historischen Ereignisse besonders zu berücksichtigen und im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung miteinzubeziehen sind“.

Am Montag, dem 27. Juli jährt sich der Einsatz zum ersten Mal. In dem Erlass wird festgehalten, dass vor einem Einschreiten an sensiblen Örtlichkeiten wie Gedenkstätten oder Erinnerungsorten „die gesetzlichen Zuständigkeiten, jedenfalls vor geplanten Einsätzen, eindeutig geklärt werden“ muss.

*Außerdem müssen alle vorbereitenden Schritte und durchgeführten Maßnahmen vollständig und transparent dokumentiert werden. Darüber hinaus sei eine „frühzeitige, strukturierte und dokumentierte Kontaktaufnahme mit Veranstalter*innen, Betreiber*innen oder Kuratorien der Gedenkstätte oder des Erinnerungsortes anzustreben“.*

Festgehalten wird außerdem: „Deeskalierende Gesprächsführung hat Vorrang vor repressivem Einschreiten.“ Bei rechtswidrigen Störungen unterhalb der Strafrechtsschwelle sei „zunächst aufklärend einzuschreiten und weitere Maßnahmen sind sorgfältig abzuwägen“.

Außerdem haben die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit und die Landespolizeidirektionen für entsprechende Fortbildungen zu sorgen, in zweisprachigen Gebieten sind außerdem „geeignete Maßnahmen zur Förderung und Stärkung der sprachlichen Kompetenz der Bediensteten zu setzen.“

Diese Maßnahmen finden sich auch in den Empfehlungen der Analysekommission. Diese war als Reaktion auf den Einsatz zusammengestellt worden. Laut Umsetzungs-Zwischenbericht seien von den 13 Empfehlungen neun bereits komplett und vier teilweise realisiert. Im Oktober soll dann der Endbericht vorliegen.